

Positionspapier

DER INTEGRATIONSBEGRIFF

In Debatten über Flucht und Migration taucht häufig der Begriff „Integration“ auf. Was mit „Integration“ gemeint ist, wird oft nicht weiter erklärt. Oft wird „Integration“ als ein [politischer Kampfbegriff](#) verwendet, um ein erwünschtes Verhalten von [migrantisierten Menschen](#) einzufordern. Wir erklären im folgenden Text, warum wir dieses Konzept ablehnen und welchen Gegenentwurf wir vertreten.

Welches Verständnis von „Integration“ herrscht in Politik und Berichterstattung vor?

Wenn von „Integration“ die Rede ist, geht es häufig darum, was migrantisierte Menschen leisten sollen (z.B. Deutsch lernen, arbeiten). Menschen, denen ein „kulturelles“ Anderssein unterstellt wird, sollen sich an die [Dominanzgesellschaft](#) anpassen. Gemäß diesem Verständnis kommt migrantisierten Personen also eine Art „Bringschuld“ zu. Wenn sie diese (vermeintlich) nicht erfüllen, wird von „gescheiterter Integration“ bzw. von „Integrationsverweigerung“ gesprochen.

Warum lehnen wir diese Vorstellung von „Integration“ ab?

Dieses Verständnis von „Integration“ weist viele Kritikpunkte auf:

- Migrantisierte Personen werden als die „Anderen“ in einer vermeintlich homogenen Gesellschaft dargestellt. Diese Gesellschaft ist in der Realität allerdings keinesfalls homogen. Wenn von einem „Wir“ die Rede ist, stellt sich gleichzeitig die Frage: Wer ist dieses „Wir“ eigentlich? Gleichermaßen stellen auch die „zu Integrierenden“ in keiner Weise eine homogene Gruppe dar.
- In einer von vielen unterschiedlichen Lebensweisen geprägten demokratischen Gesellschaft ist es fraglich, ob es ein über das Grundgesetz hinausgehendes Wertesystem geben kann, das für alle Menschen verbindlich ist.

- Integrationsaufforderungen blenden soziale Strukturen aus, die zur Konsequenz haben, dass gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten höchst ungleich verteilt sind. Insbesondere migrantisierte Personen erfahren strukturelle Ausgrenzung und Rassismus. Forderungen aus migrantischen Kämpfen nach sozialen und politischen Rechten wurden und werden im Integrationsdiskurs unsichtbar gemacht. Statt den Forderungen nach strukturellem Zugang zu politischen und sozialen Rechten (beispielsweise Recht auf Bildung) zu entsprechen, wurden sie als Voraussetzung für den weiteren Aufenthalt zu individuell zu erbringenden Leistungen verschoben (beispielsweise bestimmte Sprachanforderungen für Aufenthaltserlaubnisse) – ohne, dass gleichzeitig der Zugang für alle geschaffen wurde. Diese Verschiebung als Teil von Integrationsdiskurs und -politik hemmt die Entwicklung zu einer gerechteren Gesellschaft.
- Es kann keine umfassende „Integration“ in die Gesellschaft als solche geben, da diese aus verschiedenen Teilbereichen (z.B. Arbeit, Gesundheit, Wohnen) besteht, in die alle Menschen (nicht nur nach Deutschland eingewanderte Menschen) aufgrund von Privilegien, Ressourcen, Beziehungen, gesellschaftlichen Rollen etc. unterschiedlich eingebunden bzw. von denen sie in unterschiedlichem Maß ausgeschlossen sind.

Darüber hinaus lehnen wir die obige Vorstellung von „Integration“ ab, weil sie ‚[Othering](#)‘ fördert – also einen Gegensatz zwischen einem „Wir“ und „den Anderen“ schafft. Dieser Gegensatz wird dabei häufig an der (vermeintlichen) Kultur der Personen festgemacht ([Kulturalisierung](#)) und geht oft mit einer Abwertung einher. Zudem ist die Art und Weise, wie das Wort „Integration“ häufig verwendet wird, ein Ausdruck verfestigter Machtverhältnisse in der Gesellschaft: Eine Gruppe, die viele Privilegien und eine machtvolle Position in der Gesellschaft innehat, maßt sich an, die Lebensweise von Menschen mit weniger Privilegien zu bewerten. Auffällig ist in dem Zusammenhang auch, dass Forderungen nach „Integration“ auch dann nicht verhallen, wenn sich betroffene Menschen z.B. „erfolgreich“ in verschiedene gesellschaftliche Teilbereiche (wie Arbeit oder Wohnen) „integriert“ haben. In anderen Worten: Wer Integrationsforderungen formuliert, nimmt damit immer auch für sich selbst eine machtvolle Position in der Gesellschaft in Anspruch. Dadurch wird eine Überlegenheit von bestimmten Menschen konstruiert, die [neokoloniale](#) Strukturen reproduziert.

Sollte man das Wort „Integration“ dann vermeiden?

Es gibt gute Argumente dafür, das Wort „Integration“ zu vermeiden. Der Begriff ist ideologisch stark aufgeladen und stellt somit oft einen politischen Kampfbegriff dar. Dadurch trägt er statt zu einem friedlichen Zusammenleben eher zur Spaltung der Gesellschaft bei.

Anstatt von „Integration“ zu sprechen, sollten wir uns lieber auf die Möglichkeiten der Teilhabe von Individuen an der Gesellschaft konzentrieren. Ziel von Teilhabe ist es, eine gleichberechtigte wirtschaftliche, rechtliche, soziale und politische Partizipation aller Menschen an allen wichtigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu gewährleisten. Dadurch soll Chancengleichheit hergestellt sowie gleichzeitig Diskriminierung und Ausgrenzung entgegengewirkt werden. Im Gegensatz zum Begriff „Integration“ verweist „Teilhabe“ darauf, dass die Möglichkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, insbesondere von strukturellen Gegebenheiten abhängig ist. Das Wort Teilhabe ist außerdem nicht so stark normativ aufgeladen, bewertet also nicht das Verhalten von Menschen als richtig oder falsch. Wenn wir über geflüchtete Menschen sprechen, die erst seit Kurzem in Deutschland sind, benutzen wir außerdem die Begriffe „Ankommen“ bzw. „angekommen sein“. Diese weisen auf das Gefühl der Menschen hin, an verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen teilhaben zu können.

In manchen Situationen lässt es sich jedoch nicht vermeiden, den Begriff „Integration“ zu verwenden. Dann versuchen wir, den Begriff nicht unreflektiert zu reproduzieren, sondern kritisch zu hinterfragen:

- Der Begriff wird in den aktuell geltenden Gesetzen sowie der Rechtsprechung benutzt. Wenn wir über Gesetze bzw. Urteile/Beschlüsse sprechen, in denen es um „Integration“ bzw. „Integrationsleistungen“ geht, müssen wir diese Begriffe zum Teil reproduzieren. Teilweise ist der Begriff „Integration“, speziell in der Rechtsprechung, mit für migrantisierte Menschen positiven Rechtsauslegungen verbunden. Besonders in Beratungssituationen versuchen wir jedoch sensibel mit dem Begriff umzugehen, da es für migrantisierte Menschen verletzend ist, permanent mit gesellschaftlichen Erwartungshaltungen konfrontiert zu werden, die ihnen das Gefühl vermitteln, minderwertig zu sein und nicht richtig dazuzugehören.
- Gerade im Umgang mit Menschen, die gegen migrantisierte Personen Stimmung machen, kann es hilfreich sein, daran zu erinnern, dass der Begriff „Integration“

soziologisch nicht auf migrantisierte Menschen bezogen ist, sondern [gesamtgese-
schaftliche Prozesse](#) beschreibt.

Fazit: Was vertreten wir?

Wir möchten so oft wie möglich auf den Integrationsbegriff verzichten und ihn kritisch einordnen, wenn wir nicht darum herumkommen, ihn zu verwenden. Aus unserer Sicht ist es allerdings alleine mit der Vermeidung eines Begriffs nicht getan. Die dem Begriff zugrundeliegenden Strukturen und Annahmen müssen in Frage gestellt und geändert werden, um einen wirklichen Wandel zu erreichen.

Statt eine Integrationspolitik für migrantisierte Menschen fordern wir gleichberechtigten Zugang zu sozialen und politischen Rechte für alle Bürger*innen in Deutschland. Teilhabe muss für alle zur Realität werden.

Die Gewährleistung von Teilhabe sehen wir als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe an, die vom Staat und von allen Menschen, die in ihm leben, gemeinsam umgesetzt werden muss.

Aufgabe des Staates ist es, rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft ermöglichen – auch der Menschen, die noch nicht so lange in Deutschland leben. Dieser Aufgabe kommt der Staat aus unserer Sicht nicht ausreichend nach, was z.B. daran erkennbar ist, dass viele geflüchtete Menschen in ihrer Teilhabe an der Gesellschaft willentlich behindert werden (z.B. durch Arbeitsverbote oder Sondergesetze wie das Asylbewerberleistungsgesetz).

Gleichzeitig erfordert das Zusammenleben von Menschen einen Anpassungs- und Veränderungsprozess aller Beteiligten. Auf Migration bezogen muss dieser Prozess sowohl die neu angekommenen Menschen als auch die schon länger in einem Land lebenden Personen einbeziehen. Auch die Dominanzgesellschaft muss demnach ihren Beitrag zur Teilhabe aller in einem Land lebenden Personen erbringen, z.B. durch die Schaffung von strukturellen und organisatorischen Zugängen für neuzugewanderte Menschen. Auch müssen Angehörige der Dominanzgesellschaft ihre eigenen Privilegien reflektieren und zum Teil abgeben, damit alle Menschen gleichermaßen die Möglichkeit bekommen, sich in die Gesellschaft einzubringen.

Wird das Zusammenleben in diesem Sinne gestaltet, profitiert aus unserer Sicht die Gesellschaft als Ganzes.

Literaturempfehlungen

Annette Treibel (2015): Integriert euch? Plädoyer für ein selbstbewusstes Einwanderungsland

Michael Bommers (2007): [Integration – gesellschaftliches Risiko und politisches Symbol – Essay](#), In: Aus Politik und Zeitgeschichte

Deutscher Caritasverband e.V. (2018): [Fact Sheet. Begriffserklärung Integration und Inklusion](#)

Max Czollek (2020): Desintegriert euch!

Manuela Bojadžijev (2012): Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration.